solle, bildete in dem Befreiungskampf, den 1813 das Volk führte, sicher einen bemerkenswerten Akt, aber er hat ihm nicht seine Bedeutung gegeben. Die Erhebung zur Abwerfung des unerträglichen Joches des aus einem Träger des Revolutionsgedankens zu einem Despoten gewordenen Napoleon ging nicht von dem Aufruf aus. In unseren Tagen macht die Tendenz sich aufdringlich bemerkbar, große Bewegungen zu monarchistischen Zwecken auszunützen. Nicht nur wir Sozialdemokraten, die wir aus Grundsatz Republikaner sind, sondern auch die anderen Parteien, die an dem monarchischen Gedanken festhalten, dürfen schon aus Selbstachtung bei der Feier jener Zeit keine Fälschung aufkommen lassen. Das Bürgertum und ein Teil des Adels — das Proletariat kam damals noch nicht in Frage — haben die Bewegung geschaffen, und erst als sie da war, entschloß sich Friedrich Wilhelm III. zu dem Aufruf „An mein Volk!"

Bernstein schloß seine Ausführungen mit einem Hinweis auf eine Bemerkung in einer Schrift des Philosophen Fichte, der über den Aufruf „An mein Volk" gesagte hatte: „Wenn der unterjochte Fürst an sein Volk appelliert, heißt das: Wehrt Euch, damit Ihr nur meine Knechte seid und nicht eines Fremden!"

Darob gab es bei der bürgerlichen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung große Entrüstung und ein liberaler Stadtverordneter versicherte im Männerbrustton der Ueberzeugung, daß er und seine Freunde gute Monarchisten seien.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion von den Bürgerlichen abgelehnt und dann der liberale Antrag angenommen.

Die Schöneberger Stadtverordneten haben sich also nicht einmal dazu aufschwingen können, den verhältnismäßig geringen Betrag, den unsere Genossen forderten, für die Veteranen zu bewilligen.

In diesem Jahre werden gewaltige Summen für rauschende patriotische Feste ausgegeben werden! Aber während unsere Staatsstützen bei Wein und Braten ihre Vaterlandsliebe und ihre gute Gesinnung preisen, läßt man die Leute hungern, die einst ihre gesunden Knochen fürs Vaterland zu Markte getragen haben. Denn wenn es gilt, für die Veteranen zu sorgen, da werden dieselben Leute, die für irgend welchen patriotisch-byzantinischen Tamtam leichten Herzens Tausende hinausschmeißen, auf einmal fürchterlich knauserig.

„Ick wer' den Deubel duhn."

Der Kaiser hat seine Landwirtschaftsrede in Gegenwart des Herrn v. Oldenburg-Januschau gehalten, und Herr v. Oldenburg wohnt nicht weit von Cadinen. In der Welt am Montag erzählt Hans Leuß folgendes Histörchen, das seit Jahren umgeht:

„Vor Jahren, als Herr v. Lucanus noch lebte, soll dieser einmal zum v. Oldenburg-Januschau gekommen sein, um mit ihm über die Wirtschaft auf Cadinen zu beraten: ob der Verwalter wohl „etwas tauge"; der Kaiser müsse soviel zusetzen. Der v. Oldenburg soll den Verwalter über den grünen Klee gerühmt haben, obwohl in der ganzen Gegend bekannt war, daß der wirklich „nichts taugte". Herr v. Oldenburg soll burschikos diesen Hergang mit dem Zusatz erzählt haben: „Ick wer' den Deubel duhn und da auch noch gut raten! Wenn in Cadinen auch noch Geld verdient wird, dann ist's nichts mit dem Sieben-Mark-fünfzig-Zoll!"

So ist's echte Junkerart. Die Untertanentreue des edlen Januschauers reicht eben gerade nur so weit, wie sie sich mit dem Geschäft verträgt. Damit Wilhelm II. den Eindruck hat, es gehe den deutschen Landwirten ganz jämmerlich, läßt ihn der edle Herr von Oldenburg ruhig auf seinem Gute gehörig Geld zubuttern.

Eine Lehrermaßregelung.

Der Lehrer Sommermann hatte sich am Montag im neuen Bremer Rathause vor der Disziplinarkammer zu verantworten. Die Anklageschrift macht ihm zum Vorwurf, daß er im Jahre 1911 in Düsseldorf, Barmen, Gevelsberg, Remscheid, Köln, Duisburg und Elberfeld „in sozialdemokratischen Jugendversammlungen als Hauptredner für die gegen die bestehende Staatsordnung gerichtete sozialdemokratische Bewegung aufgetreten und damit die ihm als Staatsbeamten obliegenden Pflichten gröblich verletzt" habe. Es wird dann weiter darauf hingewiesen, daß in den Jahren 1909 bis 1912 schriftstellerische Beiträge des Angeschuldigten in der Zeitschrift Arbeiterjugend unter dem Namen Jürgen Brand erschienen seien. Es wurde gegen ihn auf Dienstentlassung erkannt. Die Hälfte des Ruhegehalts wurde auf ein Jahr bewilligt.

Der „allgeliebte" Kaiser und sein Pächter.

Der Landwirtschaftliche Verein Lenzen (Westpreußen) hat dem hinausgeschmissenen Pächter des Kaisers gleichfalls eine besondere Ehrenerklärung ausgestellt; er faßte diese Resolution:

„Zu den im Deutschen Landwirtschaftsrat von Allerhöchster Stelle gemachten Aeußerungen über den Gutspächter des Vorwerks von Cadinen (Rehberg) beschließt der Landwirtschaftliche Verein Lenzen, in dessen Vereinsbezirk die Begüterung Cadinen-Rehberg liegt, einstimmig folgendes:

Wir kennen diesen Gutspächter Herrn Sohst und seine Bewirtschaftung von Rehberg, das er selbst bereits 15 Jahre und vor ihm sein Vater 17 Jahre lang in Pacht hat, aus eigener Erfahrung ganz genau. Herr Sohst ist ein außerordentlich fleißiger und tüchtiger Landwirt, der durch sehr gute Bearbeitung, durch eine zahlreiche Viehhaltung und sehr reichliche künstliche Düngung den schwierigen Boden von Rehberg so intensiv zu allen Zeiten bewirtschaftet hat, wie kein anderer Landwirt es besser machen kann. Herr Sohst hat lebhaftes Interesse und Verständnis für alle landwirtschaftlichen Fragen; unser Verein, dem er seit seiner Gründung als Mitglied und seit 15 Jahren als zweiter Vorsitzender angehört, verdankt ihm als einem seiner rührigsten und angesehensten Mitglieder sehr viel Anregung und Belehrung. Der Name Sohst hat aber auch weit über die Grenzen unseres Vereinsbezirks hinaus einen guten Klang.

Wir empfinden es alle mit tiefstem Schmerze, daß unser allgeliebter Kaiser und König über die Person und die Wirtschaft seines langjährigen Pächters so unrichtig informiert worden ist."

Auch über den „Petkuser Roggen" scheint der Kaiser falsch informiert gewesen zu sein, der Vorsitzende des Lenzer Landwirtschaftlichen Vereins versicherte, daß „wohl jeder Landwirt, auch der kleinste Besitzer, den Petkuser Roggen schon lange angebaut habe", dem Kaiser also die Priorität im Anbau dieser Getreideart nicht zugestanden werden könne.

Von einem Widerruf des Kaisers oder auch nur von einer Entschuldigung seiner für den Pächter Sohst so verletzenden Worte hat man noch nichts gehört.

Weiterer Rückgang der Fleischeinfuhr. Im Monat Januar ist die Einfuhr von ausländischem Fleisch und Vieh weiter zurückgegangen. Frisches Rindfleisch, das zumeist aus Dänemark kommt und von dem noch im November 42 000 Doppelzentner eingeführt wurden, zeigt im Januar nur noch eine Einfuhr von 30 853 Doppelzentnern. Auch die Einfuhr von frischem Schweinefleisch hat nicht unwesentlich abgenommen; sie belief sich auf 43 000 Doppelzentner gegen 48 000 im Monat Dezember. Hier sind die Niederlande die Hauptlieferanten mit 24 000 Doppelzentner, während aus Rußland nur 11 000 kamen. Auch die Einfuhr von Rindvieh hat im Januar um fast 2000 Stück abgenommen, sie betrug 17 346 Stück gegen 19 323 Stück im Dezember. Die Einfuhr von Schweinen aus Rußland in das oberschlesische Industriegebiet ist zwar gegen den vorhergehenden Monat noch etwas gestiegen, sie hat aber den Stand vom Monat November nicht mehr überschritten.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Der Textilwoche zufolge wird der dem Bundesrat jetzt vorliegende Gesetzentwurf über die Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe grundsätzlich die dreistündige Verkaufs- und Beschäftigungszeit am Sonntag einführen. Für diejenigen Orte, an denen insbesondere die Landbevölkerung ihre Bedürfnisse im sonntäglichen Einkauf zu decken pflegt, ist jedoch eine Ausdehnung der Verkaufszeit auf vier Stunden vorgesehen.

Kleine politische Nachrichten. Die deutsch-russische Konferenz zur Schaffung einer Urheberrechtskonvention hat den Text der Konvention angenommen. — In der portugiesischen Kammer erklärte der Minister des Aeußern, daß die Nachrichten über angebliche deutsch-englische Verhandlungen betr. portugiesische Interessen unrichtig seien, und fügte hinzu, England denke nicht daran, eine internationale Konferenz über koloniale Angelegenheiten zu veranlassen. Auch bestehe zwischen England und Deutschland weder ein Abkommen, das die Souveränität und Integrität der portugiesischen Kolonien antasten könnte, noch seien Unterhandlungen in diesem Sinne angeknüpft worden. — Die Zeitung Istihbarat meldet, daß der frühere Großwesir Kiamil Pascha in Alexandrien einem Schlaganfall erlegen sei. — Bei einem heftigen Kampf zwischen chinesischen Truppen und Tungusen wurden über 100 Tungusen getötet und 30 gefangen genommen und sofort hingerichtet.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Panamaskandal vor dem Abgeordnetenhaus.

Budapest, 24. Februar. Der Panamaprozeß Desy-Lukacs wurde heute im ungarischen Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht. Ministerpräsident v. Lukacs erklärte, die Anschuldigungen, die gegen ihn erhoben wurden, seien Verleumdungen. Desy habe bereits seit vier Jahren Kenntnis von den Tatsachen, die er nun gegen den Ministerpräsidenten zu verwerten trachte. Desy selbst habe erklärt, er habe deshalb mit der Veröffentlichung des Materials gewartet, weil er hoffe, daß zwischen der Opposition und der Majorität ein Friede zustande kommen könnte. Erst als er sah, daß sich diese Hoffnungen nicht verwirklichten, habe er sich zur Veröffentlichung entschlossen. Die Antwort des Ministerpräsidenten fand die Zustimmung des Hauses. An der Sitzung hat sich die Opposition nicht beteiligt. Die oppositionellen Parteien haben heute einen Beschluß gefaßt, in dem sie erklären, nachdem aus dem Desy-Prozeß die Tatsache unleugbar hervorgehe, daß das Parlament nicht nur die gewaltsam geschaffene Hausordnung regiert, sondern auch durch Korruption gewählt wurde, sei eine Teilnahme der Opposition an den Sitzungen des Hauses nicht zulässig.

Budapest, 24. Februar. Die heute beginnende Kampagne des ungarischen Reichstages dürfte die Entscheidung in dem seit Monaten andauernden Kampf zwischen der Regierung und der Opposition bringen. Von allen Seiten wird die Anwendung der äußersten Mittel angedeutet. Die Sozialisten richteten an ihre Getreuen gestern ihren letzten Aufruf, sich für die Kampftage zum Massenstreik bereitzuhalten und unter der Losung „Recht und Brot" sich der Gewalt entgegenzusetzen.

Nachwehen des Panamistenprozesses.

Budapest, 25. Februar. Der Handelsminister Graf Zichy soll aus Unzufriedenheit über die Art, wie der Beleidigungsprozeß des Ministerpräsidenten Lukacs gegen den Abg. Desy geführt und erledigt wurde, seine Entlassung eingereicht haben.

Marokko.

Kämpfe.

Rabat, 24. Februar. Die Kolonne Ronde hat eine Anzahl aufständischer Zaers überrascht, als sie Vieh wegtreiben wollten, und sie zersprengt. Eine Abteilung derselben Kolonne wurde von einem anderen Rebellentrupp angegriffen. Die Rebellen wurden zurückgeschlagen. Die Verluste der Kolonne betrugen zwei Tote und acht Verwundete. Der Posten von Ouedjan in der Gegend von Chaouia wurde von den Tadlas angegriffen, schlug sie zurück und brachte ihnen große Verluste bei. Der Posten hatte zwei Verwundete.

Paris, 24. Februar. Dem Temps wird auf Grund von Mitteilungen von Eingeborenen aus Tanger gemeldet, daß die Stämme des Gebiets von Tetuan die Besetzung dieser Stadt durch die Spanier nicht widerstandslos hinnehmen wollen. Die spanischen Besatzungstruppen seien über 3000 Mann stark und lagerten auf einer die Stadt Tetuan beherrschenden Anhöhe. Die Kasbahs werden von den Spaniern in Verteidigungszustand gesetzt.

Mexiko.

Maderos Ermordung.

Mexiko, 24. Februar. Die Obduktion der Leiche des erschossenen Präsidenten Madero hat ergeben, daß Madero durch einen Schuß in den Kopf getötet worden ist. Die Leiche des Vizepräsidenten Suarez wies mehrere tödliche Wunden auf. Maderos Witwe und deren Töchter haben sich in die japanische Gesandtschaft geflüchtet. Die Regierung hat versprochen, eine strenge Untersuchung einzuleiten und die Schuldigen nach Gebühr zu bestrafen. De la Barra hatte das diplomatische Korps für heute zu einem Dejeuner eingeladen, es nahm aber niemand daran teil, sondern man gab ihm zu verstehen, daß erst die Ursache des Todes des Präsidenten Madero aufgeklärt werden müsse.

Die Leiche Maderos wurde mittags nach dem Mausoleum auf dem französischen Friedhofe gebracht. Die Familie Maderos war anwesend. Sie hat die Erlaubnis erhalten, seinen Leichnam auf der Besitzung der Familie im Staate Coahuila beizusetzen. Die Leiche Suarez' wurde nachmittags auf den spanischen Friedhof gebracht.

Der Balkankrieg.

Konstantinopel, 24. Februar. Gestern fand bei Dolaix ein äußerst heftiger Kampf statt. Die Bulgaren griffen zwei Forts an, wurden aber zurückgeschlagen. Zahlreiche türkische Verwundete trafen in requirierten Wagen hier ein.

Auf dem Kriegsschauplatze ist es ruhig. Das Bombardement von Adrianopel findet nur in ganz geringem Umfange statt. Nach Aufstellung weiterer schwerer Geschütze soll das Bombardement in verstärktem Maße aufgenommen werden. Ueberall liegt Schnee, teilweise sogar meterhoch. Nach Eintritt des Tauwetters werden sich große Schwierigkeiten bei allen Transporten einstellen. Nach hier eingetroffenen Meldungen sollen Hunderte von anatolischen Soldaten auf der Halbinsel Gallipoli erfroren sein.

Minengefahren.

Konstantinopel, 24. Februar. Die Pforte hat die Vertreter der Mächte davon verständigt, daß in den letzten Wochen in den Gewässern von Nagara eine schwimmende Mine entdeckt worden sei. Die Pforte lenkt die Aufmerksamkeit der Mächte auf die Gefahren hin, die durch eine Explosion dieser wahrscheinlich von den Bulgaren an der Küste von Rodosto gelegten Minen für die ausländische Schiffahrt entstehen können.

Unstimmigkeiten im türkischen Offizierskorps.

Konstantinopel, 24. Februar. Die Gegensätze im türkischen Offizierskorps scheinen sich wieder zu verschärfen. Es heißt, daß der Gründer der Offiziersliga, Oberst Sadik Bei, sich habe in die englische Botschaft vor seinen Verfolgern flüchten müssen.

Die bulgarischen Friedensbedingungen.

London, 24. Februar. Für die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen stellt Bulgarien folgende Forderungen: 1. Die neue Grenze muß näher bei Konstantinopel liegen als die zuvor in Erwägung gezogene. 2. Die Türkei muß eine Kriegsentschädigung zahlen. 3. Die Türkei muß sich einverstanden erklären, am fünfzehnten Tage nach der Eröffnung der Friedensverhandlungen mit der Abrüstung zu beginnen.

Der Korrespondent des Daily Telegraph depeschiert aus Belgrad, daß die Türkei mit den Alliierten geheime Friedensverhandlungen betreibe. Die Verhandlungen sollen soweit gediehen sein, daß man den Friedensschluß bereits für die nächste Woche erwartet.

Arbeitsgenossenschaften.

Eine recht interessante Art von Uebernahme einer bestimmten Produktion durch Arbeiter hat sich im Verlaufe eines Menschenalters in einigen Gebieten Italiens herausgebildet: die Arbeitsgenossenschaften, die in einem soeben erschienenen Buche* zum erstenmal eine umfassende wissenschaftliche Darstellung erhalten haben.

Besitz- und Arbeitslosigkeit infolge der Latifundienwirtschaft, dazu furchtbar niedere Löhne, haben die ländlichen Arbeiter im südlichen Italien in eigenartige Genossenschaften gedrängt. Die Arbeitsgenossenschaften sind nämlich Vereinigungen von meistens ungelernten ländlichen Arbeitern, die sich zusammenschließen, um staatliche und kommunale Meliorierungs- und ähnliche Arbeiten, wie Straßenbau, Flußkorrekturen und dergleichen unter Ausschließung des Privatunternehmers auf dem Submissionswege zu übernehmen und auszuführen. Sie sind also grundverschieden von den russischen Artjels, welche meistens für einen Unternehmer arbeiten, während die Arbeitsgenossenschaften als selbständige Unternehmungen auftreten, also eine Abart der Produktivgenossenschaften sind. Diese Arbeitsgenossenschaften bilden auch bereits eine der stärksten Gruppen innerhalb der italienischen Genossenschaftsbewegung. Nach den neuesten statistischen Angaben bestanden am 31. Dezember 1910 im ganzen 1017 Arbeitsgenossenschaften; 754 von ihnen hatten 94 738 Genossen, ein Vermögen von 2 841 000 und einen Reservefonds von 1 500 000 Lire. In dem Zeitraum von 1889 bis 1909 haben diese Genossenschaften 3371 staatliche Arbeiten ausgeführt in einem Gesamtwerte von 70 452 634 Lire. Dazu kommen noch die von Kommunen, Provinzen und juristischen Personen übertragenen Arbeiten, die allein in der Zeit von 1904 bis Ende 1909 sich auf 992 belaufen, mit einem Gesamtwert von 18 104 857 Lire. Und es sind auch oft recht große und technisch schwierige Arbeiten, die von den Arbeitern ohne Unternehmer ausgeführt werden. So z. B. die Meliorationen des Bassins des Reno, die im ganzen etwa 10 Millionen kosten wird, und von der bereits Arbeiten im Werte von über 3 Millionen Lire ausgeführt sind. In Reggio Emilia schlossen sich die Arbeitsgenossenschaften zu einem Konsortium zusammen, um den Bau und Betrieb der normalspurigen Eisenbahn Reggio—Ciano zu übernehmen. Aehnliche Arbeiten werden von den anderen Genossenschaften ausgeführt.

Diese Arbeitsgenossenschaften sind in der großen Mehrzahl sozialistische Gründungen; in der Regel werden sie von den Arbeitskammern ins Leben gerufen. Ein sozialistischer Geist beherrscht sie auch und sie nehmen an den Kämpfen der Arbeiter auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete teil. Das verhindert im demokratischen Italien nicht, daß die Regierung und das Parlament diese Arbeitsgenossenschaften unterstützen und fördern. Nachdem im Jahre 1883 in der Emilia die erste Arbeitsgenossenschaft entstanden war, kam im Jahre 1889 das erste Gesetz zur Regelung und Förderung dieser Genossenschaften zustande, und seitdem hat das Parlament das Gesetz noch vielfach verbessert und ergänzt. Jede Arbeitsgenossenschaft kann Submissionen übernehmen bis zur Höhe von 200 000 Lire, jedes Konsortium von Genossenschaften bis zur Höhe von 400 000 Lire. Die gesetzmäßig begründeten Konsortien erhalten durch das Gesetz Rechtspersönlichkeit und unterstehen dem Handelsgesetzbuch in allem, was kaufmännische Maßnahmen anlangt. Im übrigen sind sie völlig selbständig und bedürfen für alle ihre anderen Handlungen keiner obrigkeitlichen Genehmigung; sie unterliegen nur der allgemeinen Ueberwachung durch das Landwirtschafts-Ministerium.

Im allgemeinen, so wird in der vom italienischen Ministerium für öffentliche Arbeiten herausgegebenen Denkschrift festgestellt, haben die von den Arbeitsgenossenschaften ausgeführten Arbeiten gute Ergebnisse gehabt. Die Genossenschaften können die Arbeiten viel rascher ausführen als die Privatunternehmer, weil sie über mehr Arbeitskräfte verfügen. Die Regierungsbehörden ziehen die Genossenschaften den Privatunternehmern auch aus dem Grunde vor, weil die letzteren häufig infolge der fortgesetzt steigenden Arbeitslöhne Nachforderungen stellen, was bei Genossenschaften so gut wie gar nicht vorkommt: ist einmal eine Arbeit zu einem bestimmten Preise übernommen, so halten sie darauf, sie zu diesem Preis auch durchzuführen. Das ist ihnen deshalb möglich, weil ihre Lohnverhältnisse von vornherein geregelt sind und weil der Reingewinn an die Genossen verteilt wird. Sie haben ferner eine vorzügliche Organisation und Leitung und ein guter Geist beseelt die Genossen, die zugleich die Arbeiter sind. In der Regel hat jede Genossenschaft einen nur aus Arbeitern bestehenden Verwaltungsrat und einen Aufsichtsrat, daneben aber auch ein aus Ingenieuren und Rechtskundigen zusammengesetztes technisches Komitee, das die zu übernehmenden Arbeiten beurteilt und die Löhne berechnet. Ferner hat die Genossenschaft einen technischen Direktor, der häufig mehrere

* Die Arbeits- und Pachtgenossenschaften Italiens. Von W. D. Preyer. Verlag von Gustav Fischer, Jena. 1913.